

Sallese Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Dorote monatlich M. 1,25, vierteljährlich M. 3,75, 7/8 von Haus durch die Post monatlich M. 1,35, vierteljährlich M. 4,00 unger Postgeb.
Morgenausgabe
Anzeigenpreis: 6 Zeilen 14 Tagen zu 20 Pfg., 14 Tagen zu 15 Pfg., 1 Monat zu 10 Pfg., 3 Monate zu 7 Pfg., 6 Monate zu 5 Pfg., 1 Jahr zu 4 Pfg. — Kleinanzeigen 1 Zeile 1 Tag zu 5 Pfg., 2 Zeilen 1 Tag zu 4 Pfg., 3 Zeilen 1 Tag zu 3 Pfg., 4 Zeilen 1 Tag zu 2 Pfg., 5 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 6 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 7 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 8 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 9 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 10 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 11 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 12 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 13 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 14 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 15 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 16 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 17 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 18 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 19 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 20 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 21 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 22 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 23 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 24 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 25 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 26 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 27 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 28 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 29 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 30 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 31 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 32 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 33 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 34 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 35 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 36 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 37 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 38 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 39 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 40 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 41 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 42 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 43 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 44 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 45 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 46 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 47 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 48 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 49 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 50 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 51 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 52 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 53 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 54 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 55 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 56 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 57 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 58 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 59 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 60 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 61 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 62 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 63 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 64 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 65 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 66 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 67 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 68 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 69 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 70 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 71 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 72 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 73 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 74 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 75 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 76 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 77 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 78 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 79 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 80 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 81 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 82 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 83 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 84 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 85 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 86 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 87 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 88 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 89 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 90 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 91 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 92 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 93 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 94 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 95 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 96 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 97 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 98 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 99 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg., 100 Zeilen 1 Tag zu 1 Pfg.

Der „Verständigungsfrieden“

England bestimmt über Deutschlands Wehrmacht. — England behält seine Riesenflotte. — Deutschland soll bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen. — Deutschlands ganzer Reichtum reicht nicht an die englischen Forderungen heran. — Kaiser und Kronprinz sollen zur Verantwortung gezogen werden. — Das alles soll Deutschland sich bieten lassen, weil es von einer Minderheit wehrlos gemacht worden ist und ihm der Wahnsinn eines englisch-französischen „Verständigungsfriedens“ eingebracht wurde.

London, 11. Dezember.

Zu einer Versammlung in Bristol sagte Lloyd George, daß das Militärdepartement aufgehoben werde, sobald die Notwendigkeit dafür aufgehört habe. Es bestreite nicht die Pflicht, es zu erneuern. Ob man in Zukunft die Dienstpflicht in irgendwelcher Form nötig haben werde, werde ganz von den Friedensbedingungen abhängen. Deutschland, Oesterreich, Rußland, die Türkei und Bulgarien hätten Armeen von zusammen 12 Millionen Mann. Es ist nicht denkbar, daß wir diesen Ländern erlauben werden, wiederum gegen ihre Nachbarn Armeen von 12 Millionen aufzustellen. Die deutsche Armee sei für Offensivzwecke (1), die britische für Defensivzwecke (2) organisiert gewesen. Dies war auch der Grund, warum England den Krieg nicht betriebsmäßig hat, und warum Deutschland es getan hat.

Ueber die Marine sagte Lloyd George, sie sei keine Offensiv-, sondern eine Defensivwaffe. Deshalb beabsichtigt England nicht, sie aufzugeben.

Ueber die Kriegsentfähigkeit sagte Lloyd George: In jedem zivilisierten Lande der Welt werde bei Kriegesbeginn der vorhandene Bestand an Mannschaften zur Verfügung gestellt. Der Krieg habe Deutschland weniger gekostet als England. Unsere Kosten betragen, glaube ich, 8000 Millionen Pfund Sterling. Deutschlands Kosten ungefähr 6 oder 7000 Millionen. Diese Summen verteilen sich bei uns auf eine Bevölkerung von 45 Millionen, während Deutschlands Bevölkerung 70 Millionen beträgt. Dies würde uns in der Zukunft in Nachteil setzen. Das ist der Grund, warum Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll. Vor dem Kriege liege der Reichtum Deutschlands auf 15 bis 20 Milliarden Pfund Sterling geschätzt worden. Die Rechnung betrage 24 Milliarden Pfund Sterling, so daß der ganze Reichtum Deutschlands dafür nicht ausreichen würde. Er glaube, daß der Wohlstand

Deutschlands bisher unterschätzt worden sei. Er wüßte nur zwei Bedingungen zu machen: erstens daß nicht für unbestimmte Zeit eine große Befehlsarmee in Deutschland gehalten werden solle, und zweitens daß die Zinsen in Gold, nicht dadurch abgetragen werden sollen, daß England mit billigen Waren überflutet werde. Deutschland habe eine Kriegsschuld von 6 bis 7 Milliarden Pfund Sterling, und es sei klar, daß die Kosten der Militärvorkosten vor den Kriegskosten gezahlt werden müßten. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit haben wir das absolute Recht, die ganzen Kriegskosten von Deutschland zu verlangen. Wir beabsichtigen auch, dies zu verlangen.

Besüglich des Kaisers sagte Lloyd George, es stehe zweifellos fest, daß er ein Verbrechen gegen die nationalen Rechte begangen habe und dafür zur Verantwortung gezogen werden müsse. Der Kronprinz sei sicher einer der Mitschuldigen, nach dem vorliegenden Beweismaterial vielleicht der Hauptinstifter. Ueber die Deutschen in England sagte Lloyd George, sie würden nicht lange in diesem Lande sein. Es kann ihnen versichert werden, daß man sie hinauszufern wird, daß sie nicht wieder hereinkommen. (Beifall.)

In einer anderen Rede sagte Lloyd George: Das Friedensprogramm der Regierung ist ein Programm strenger Gerechtigkeit. Diejenigen, die den Krieg begonnen und ihn unterstüzt haben, müssen bis zum letzten Pfennig zahlen. (Rausch Beifall.) Wir werden zu diesem Zwecke ihre Taschen untersuchen. (Gelächter.) Es hat keinen Zweck, über den Weltfrieden zu sprechen, wenn man Deutschland erlaubt, in dem Angelegenheit, wo der Krieg vorbei ist, seine Arme von 4 bis 5 Millionen Mann von neuem aufzubauen. Dieser Versuch muß vereitelt werden. Und wenn das mit Deutschland geschieht, muß es auch hier geschehen. Den Schwab aber, den die Flotte gewährt, werden wir nicht aufgeben, wer immer das auch verlangen möge.

jenigen, die sich ihm entgegenstellen wollen, sollen ja ausgeschaltet werden. Sich selbst aber wird der Bolschewismus doch nicht den Garaus machen — ein solches Annehmen kann man wohl scheinlich an Liebknecht und Rosa Luxemburg stellen: sie würden es mit Recht als Zumutung empfinden. . . .

So also sieht die Haltung des „V. L.“, aller dialektischen Flokkeln entledigt, aus. Das „V. L.“ ist nun aber der Begründer und der geistige Mittelpunkt der „Deutschen demokratischen Partei“, die von ihm in allen Landesorten den Vorkampfbereich einnehmen, der nach ihm das „V. L.“ dürfen, wenn man die Bürgerliche Partei bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung Arm in Arm mit der Sozialdemokratie marschieren sieht.

Elßaß-Lothringens Raub beabsichtigt

Nach einer Goss-Berichtung berichtete der Präsident der Kammer Dezanet in dieser über die Reise der Vertreter Frankreichs in Elßaß-Lothringen und erklärte unter anderem: Wir stehen zu dem Volke von Elßaß-Lothringen, wie es ebenso vollkommen und für immer zu uns gehört, und sind entschlossen, alles zu tun, was dazu nötig ist. Ministerpräsident Clemenceau, der nach ihm das Wort ergriff, schloß sich Dezanets Auffassung an und schärferte ebenfalls den den französischen Vertretern durch die elßaß-Lothringische Bevölkerung bereitet Empfang.

Nach einer Goss-Berichtung hat Präsident Boissac in Kolmar ein, wo er von General Castellon und den Staatsbehörden empfangen wurde und später auf dem Markte eine Parade über die Truppen anführte.

Das Wort-Büro meldet: Die Rohdichtung ist bekannt, daß vom 12. d. Mts. an die Elßaß-Lothringische Bevölkerung über Frankreich geleitet wird.

Das neue Wahlrecht

Von Friedrich Künzel.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung werden nach den Grundlagen der Verhältnisse, die wir vor uns haben. Das bisher geltende absolute Wahlrecht ist damit abgetan. Nun geht es auch die Wahlen in der ersten Kammer des Reichstages an. Es ist zu erwarten, daß durch sie der Zweck der Einführung der Verhältniswahl, daß durch sie das Parlament alle im Reich vorhandenen verschiedenen politischen Richtungen nach Stärkeverhältnis und Bedeutung möglichst getreu wiederpiegelt.

Ob dieses Ziel annähernd erreicht wird, ob es nicht nur ein theoretisches bleibt, wird erst die nahe Zukunft lehren können. Deutschland hat in der preussischen Anwendung der Verhältniswahl im großen nach so gut wie keine Erfahrung. Erst im ersten Wahlgang unter Hundert hat man das Proporzverfahren praktisch angewendet und ist; so in Württemberg für Wahlen der zweiten Kammer und in noch einigen anderen Bundesstaaten für Gemeinderatswahlen. Die Erfahrungen aus den Verhältniswahlen für die Gewerbegebiete sind ebenfalls vollkommen ungenügend, um weitgehende Schlüsse daraus ziehen zu können. Im vorigen Jahr hat bekanntlich der Verfassungsausschuß des Reichstages ebenfalls die Verhältniswahl für bestimmte durch besondere Bedeutung der Bevölkerung ausgezeichnete Bezirke verlangt und durchgeführt, um starken unvertretenen Minderheiten zum Wort zu verhelfen. Das ist der Anlauf zum Proporzsystem in Deutschland bis zur Revolution gewesen. Die Verhältniswahlen für das gesamte Deutsche Reich wurden im erwähnten Reichstagsjahr als unüberwindlich gar nicht ergründet, um der „großen Unannehmlichkeiten“ eben aus Mangel an Erprobung nicht zum Opfer zu fallen. Jetzt aber der Umkehrung aus im Wahlrecht das deutsche Volk direkt vor vollendete Tatsachen gestellt, die ihre Vorzüge nicht noch erst erweisen müssen.

Die innere Berechtigung für die Einführung der Verhältniswahl liegt, wie gelangt, darin, daß den politischen Minderheiten zum Wort verholfen werden soll. So einfach wie das klingt, so schwierig aber ist die Ausführung. Wahlrechtlich ist die ganze Angelegenheit ein Problem, dessen vollkommene Lösung niemand heute schon überbringen kann. Insbesondere ist weniger das Abstimmungsverfahren an sich, als die Ausdehnung der Wahlergebnisse außerordentlich verwickelt. Das Berechnungsverfahren ist so unübersichtlich und kompliziert, daß es von der breiten Masse einfach nicht aufgenommen werden kann und für sie deshalb eine Überprüfung der Ergebnisse unmöglich wird. Schon deshalb ist der einzelne Wähler ganz auf seine Parteileitung angewiesen. Nun ist für das neue Verhältniswahlrecht zur verfassunggebenden Nationalversammlung der Rahmen des Votenstimmens gewählt. Es müssen in jedem Wahlkreis — 38 sind für das ganze Reich aufgestellt — Wahlvorschlüsse eingereicht werden, die nicht mehr als vier Namen führen, als Gegenbeispiel im Wahlkreis zu wählen sind“ und von „mindestens 100 maßgebendsten Personen des Kreises unterzeichnet“ sein müssen. Diese Bestimmungen ist ausdehnend für die Gebundenheit des einzelnen Wählers; denn nur kraft einer festen politischen Organisation ist sie, die erste Vorbedingung zum persönlichen Wahlakt, überhaupt zu erfüllen. Weiterhin heißt es, daß für die Verteilung der einem Wahlbezirk angeordneten Abgeordnetensitze unter die einzelnen Bewerber die Mehrheiten der Nennungen aus den Wahlvorschlüssen maßgebend ist, welcher Grundbehauptung nach auf etwaige höhere Erfordernisse nicht ausgedehnt wird. Als auch hierüber ist der Wähler an den Willen der Parteioberleitung gebunden, die ja die Wahlvorschlüsse aufstellt. So kann sich der Einzelne bei den kommenden Verhältniswahlen vom Anfang bis zum Schluss nur im Rahmen einer Parteioberleitung Geltung verschaffen.

Sterans erlaubt sich, daß der kommende Wahlkampf sich nicht mehr vorzugsweise zwischen den einzelnen Wahlkandidaten abspielen wird, sondern in der Sache zwischen den politischen Parteien. Da die verschiedenen Programme der einzelnen Parteien den Stoff des Kampfes liefern werden und die einzelnen politischen Parteien mehr in den Vordergrund treten, so kann die Wahlorganisation, und das ist unabweislich ein Borzug des neuen Wahlverfahrens, lastischer und die auch so beliebte persönliche Verunglimpfung in unseren dürftigen Wahlkampfen weitestgehend geringer werden.

Daß aber die politische „Reinlichkeit“ in Zukunft nicht ganz ausgedehnt werden wird, dafür hat die heutige Regierung doch gefürchtet, indem sie das Reich nicht als einen einzigen großen Wahlkreis aufstellte, worin der einzelne Wahlkandidat verhandelt, sondern es in 38 Wahlkreise eingeteilt hat, so daß der persönliche Zusammenhang zwischen den Wählern und Politikern in der Wahlorganisation immerhin auch hinsichtlich noch eine gewisse Rolle spielen dürfte. Andererseits freilich wird die Aufstellung der 38 Wahlkreise freigegeben; den früheren 400 den breiten stützenden Massen aus großem Vorteil gereichen; werden

Bürgerliche Schrittmacher des Bolschewismus

Der frühere Reichspräsident und jetzige Regierungsräsident in Breslau, Herr von Jagow, hatte in einer öffentlichen Erklärung gesagt, daß er sich, obwohl Royalist, in dem „Dienst der heiligen Sache“ der Bolschewisten stellen würde, weil das Vaterland bedroht und es die heilige Aufgabe der Gegenwart sei, ihm den Bolschewismus fernzuhalten. Diese in jeder Hinsicht ebenso lokale wie absurde Erklärung nimmt das „Berliner Tageblatt“ zum Anlass einer widerlichen Verunglimpfung des verdienten Beamten. Diese Katastrophe an sich würden wir untern Setzen nicht besonders mitzuteilen für nötig halten, da die Haltung des „V. L.“ in solchen Fragen so ziemlich genug bekannt ist. Im allgemeinen Interesse aber dürfte die Bemerkung sein, die das „V. L.“ zum Schluß heranzieht. Es sagt wörtlich: „Der Bolschewismus muß „ferngehalten“ werden, aber Herr von Jagow fernzuhalten, dürfte vielleicht auch notwendig sein.“ Durch die verabschiedete Darstellung des Wortes fernhalten — einmal in Unfrüherungsrichtung und das andere Mal ohne diese — bringt das Blatt zum Ausdruck, daß es die Verhöhnung des Herrn von Jagow für notwendig hält als des Bolschewismus, oder mit anderen Worten, da Herr von Jagow sich die Bekämpfung des Bolschewismus zur vornehmsten Aufgabe gesetzt hat, daß es die einzigen Befehligen will, die den Bolschewismus bekämpfen sollen — womit klar erweisen ist, daß es in Wirklichkeit den Bolschewismus nicht nur nicht bekämpfen (siehe das Wort „fernhalten“), sondern vielmehr dessen Ausbreitung fördern will. Denn die

